

Antrag der ÖDP-Fraktion zur Stärkung der Klimaschutzaktivitäten der Stadt Mainburg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reiser,

seitens der Stadt Mainburg wurden mit Fokus Klimaschutz schon verschiedene Investitionen getätigt und auch Privatinitiativen zum Klimaschutz unterstützt. Entsprechend ihrer Aussagen wird in Mainburg derzeit etwa doppelt so viel regenerativer Strom erzeugt wie die Privathaushalte in Mainburg verbrauchen, was sich im bayernweiten Vergleich der Kommunen durchaus sehen lassen kann.

Derzeit wird davon ausgegangen, dass die Gesamt-Kohlendioxidemission in Deutschland umgerechnet auf die Bevölkerung etwa bei 10 Tonnen CO₂/Person/Jahr liegt. Um der Klimaerwärmung deutlich entgegenzutreten, wird vom Weltklimarat empfohlen, die Gesamt-Emission auf 1 Tonne CO₂/Weltbürger/Jahr kurzfristig zu reduzieren.

Der private Stromverbrauch ist leider nur ein kleiner Teil dessen, was jeder von uns zur Kohlendioxid-Emission beiträgt. Große Beiträge sind u.a. die Wärme-/Kälteerzeugung, die Mobilität (z.B. Autoverkehr) und die Emissionen bei der Produktion aller Arten von Gütern, z.B. in der Industrie, im Bauwesen oder der Landwirtschaft.

Viele Kommunen in Deutschland erkennen bereits seit längerem die - langfristig auch wirtschaftlich vorteilhafte - hohe Bedeutung von Klimaschutzstrategien und arbeiten mit Planungsgrundlagen wie Klimaschutzkonzepten und/oder Energienutzungsplänen. Vor dem Hintergrund des bereits stattfindenden Klimawandels und dem gestiegenen öffentlichen Bewusstsein intensivieren im Moment zahlreiche Städte und Landkreise ihre Anstrengungen, rufen symbolisch den Klimanotstand aus und stellen sämtliche künftige Entscheidungen unter den Vorbehalt der größtmöglichen Klimaverträglichkeit.

Gemeinsam muss die Reduzierung der Gesamtemissionen bzw. die Kohlendioxidbindung noch deutlich mehr vorangetrieben werden. **Deshalb stellt die ÖDP-Fraktion zur Vorberatung im zuständigen Ausschuss und zur Abstimmung im Stadtrat der Stadt Mainburg folgenden vierteiligen Antrag:**

Der Stadtrat beschließt die untenstehende Resolution, verbunden mit dem Auftrag an die Verwaltung, umgehend eine Ist-Analyse und die Ausarbeitung von verbindlichen Klimaschutzzielen für die Stadt Mainburg im Rahmen eines Klimaschutzkonzepts auf den Weg zu bringen. Zur Erstellung und Umsetzung des Klimaschutzkonzepts ist in der Stadtverwaltung die Schaffung einer Stelle notwendig. Darüber hinaus werden einige sofort umsetzbare Maßnahmen vorgeschlagen.

1) Resolution

Der Stadtrat der Stadt Mainburg

- sieht die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen auch als kommunale Aufgabe von höchster Priorität.

- erkennt an, dass der kommunale Beitrag an Maßnahmen und Planungen deutlich gesteigert werden muss, um gemeinsam mit allen Kommunen der Welt die Erderwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5 – 2 Grad Celsius zu begrenzen.
- stellt fest, dass Kommunen über wesentliche Handlungsmöglichkeiten beim Klimaschutz verfügen und somit wichtige Akteure bei der Umsetzung der internationalen, nationalen und regionalen Klimaschutzzielstellungen sind.

2) **Klimavorbehalt**

Der Stadtrat der Stadt Mainburg

- berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen. Es werden diejenigen Lösungen bevorzugt, die möglichst stark den Klimaschutz beinhalten und den Klimawandel und dessen Folgen abschwächen. **Hierzu werden für sämtliche Beschlussvorlagen die besten Möglichkeiten für den Klimaschutz dargestellt und anhand der bestmöglichen Lösung bewertet (Klimavorbehalt).** Diese Bewertungen nehmen auch Rücksicht auf den Umwelt- und Artenschutz allgemein.
- verpflichtet auch die städtischen Beteiligungsgesellschaften SUM und BEM, das oben genannte Verfahren anzuwenden und sich verstärkt mit den Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen. Dem Stadtrat wird dazu jährlich Bericht erstattet.

3) **Integriertes Klimaschutzkonzept mit Klimaanpassungsstrategie**

Der Stadtrat der Stadt Mainburg beschließt:

Konkrete Ziele und Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen im Stadtgebiet sind im Rahmen eines **Integrierten Klimaschutzkonzepts (IKK)**** zu erarbeiten.

****Ein Integriertes Klimaschutzkonzept nach der „Kommunalrichtlinie“, einem speziell auf die Anforderungen von Kommunen zugeschnittenen Förderprogramm, wird unter Einbeziehung der Öffentlichkeit und aller relevanten Akteure (z.B. Unternehmen, Vereine) erstellt und enthält eine Energie- und Treibhausgasbilanz, eine Potenzialanalyse, Minderungsziele, einen Maßnahmenkatalog und eine Empfehlung für ein geeignetes Instrument zum Controlling und Management. Ebenso wird darin eine **Klimaanpassungsstrategie** für die Stadt Mainburg mit konkreten Maßnahmen erarbeitet.**

Parallel dazu wird die Stadtverwaltung beauftragt, für Klimaschutzmaßnahmen alle relevanten Fördermöglichkeiten zu prüfen und nach Beratung im zuständigen Ausschuss zu beantragen.

Hinweis: Die Erstellung des Klimaschutzkonzepts bzw. die Stelle des/der Klimaschutzmanagers/in (siehe 4.) ist nach der „Kommunalrichtlinie“ der Nationalen Klimaschutzinitiative des BMU zu 65% förderfähig.

4) **Neue Stelle „Klimaschutzmanager/in“**

Der Stadtrat der Stadt Mainburg beschließt weiter:

Um das Klimaschutzmanagement in der Stadt effektiv und langfristig zu etablieren und umzusetzen, ist die fachliche und personelle Unterstützung der Stadtverwaltung durch eine zusätzliche Stelle unumgänglich. Die Bewältigung der Erstellung und Umsetzung eines Integrierten Klimaschutzkonzepts wird durch die kurzfristige Einstellung eines/r **Klimaschutzmanagers/in** gewährleistet (spätestens bis 31.03.2020; der Stellenplan für 2020 ist entsprechend anzupassen). Diese/r koordiniert und organisiert sämtliche Klimaschutzaktivitäten der Stadt und verantwortet die Umsetzung der vom Stadtrat beschlossenen konkreten Maßnahmen. Der/die Klimaschutzmanager/in übt eine wichtige Querschnittsfunktion in der Stadtverwaltung aus und dient als Ansprechpartner für Bürger, Vereine und Unternehmen.

Daneben regt die ÖDP Fraktion einige Sofortmaßnahmen an, die schon jetzt von der Stadtverwaltung nach Beratung in den zuständigen Ausschüssen bzw. in den städtischen Beteiligungsgesellschaften beschlossen und umgesetzt werden können:

- PV-Anlage auf dem Dach der Mainburger Grundschule. PV-Anlagen auf allen weiteren Dachflächen von städtischen Gebäuden, sofern sie nicht bereits belegt oder ungeeignet sind (z.B. sehr hoher Verschattungsanteil, Denkmalschutz).
- Grundschule Sandelzhausen: Klimaschonende Bauweise (CO₂-Äquivalent für die Baumaßnahme, für den Betrieb und für einen späteren Abriss bei Nutzungsende) wird Bestandteil des Architektenwettbewerbs.
- Baugebiet Mitterfeld: Städtische Nahwärmeversorgung mit regenerativen Energien z.B. Holzvergaser-Kraftwerk mit BHKW, Photovoltaikpflicht für jeden Neubau (alternativ Solarthermie).
- Künftige Ausschreibung des Bezugs von qualifiziertem Ökostrom für städtische Liegenschaften, ebenso wird turnusgemäß die Möglichkeit einer Ausschreibungsteilnahme für vertragliches Biomethan (aus Abfallstoffen, Wind- bzw. Grubengas) statt Erdgas geprüft.
- Künftig jährliche Teilnahme der Stadt Mainburg am „Stadtradeln“ mit dem Ziel, den Radverkehr in der Stadt stärker in den Fokus zu rücken und Impulse für verkehrliche und infrastrukturelle Verbesserungen abzuleiten. Starttag für den 21-tägigen Aktionszeitraum könnte der „Wander- und Radtag“ im Juni sein, Preisverleihung am Hopfenfest.